

DEH Sektion Lateinamerika DDA Section Amérique Latine ✓
 DDA Sección América Latina SDC Latin American Section

REF: t.311 Peru-MEP

Bern, 17.12.1991

AN: VO

VON: MEP

RE:

Bundesamt für Aussenwirtschaft	
No.	Peru 810
EE	
R	23. DEZ. 1991
<i>egf egler</i>	
Kopie an	

Bericht über die Dienstreise von Peter Meier nach Peru

13. - 28.11.91

Hauptziele dieser Mission waren:

1. Besprechung der bisher getroffenen Massnahmen zur Umsetzung der DEH-Entscheide vom 19.9.91 bezüglich der Sicherheit und Effektivität der Aktionen im Peru Programm;
2. Abklärungen über den "Fondo Nacional de Compensación y Desarrollo Social" (FONCODES) und über die Planung anderer Programme zur Armutsbekämpfung;
3. Mitarbeit zusammen mit den Vertretern unserer Botschaft, des Koordinationsbüros und des BAWI (Die Mission von Herrn Botschafter N. Imboden und seinen Mitarbeitern Th. Eggenberger und H.-P. Egler weilte gleichzeitig in Lima) an den Vertragsverhandlungen bezüglich
 - der schweizerischen Zahlungsbilanzhilfe an Peru und den Einsatz der daraus entstehenden Gegenwertmittel sowie
 - des schweizerischen Schuldenerlasses durch Umwandlung der beiden früher vergebenen Finanzhilfekredite (Milchwirtschaftsprogramm und Fischereiprogramm) in nichtrückzahlbare Beiträge;
4. Unterstützung des Koordinationsbüros beim Entwurf des Jahresprogramms 1992;
5. Besprechung einzelner Projekte.

Allgemeine Situation in Peru:

Die Krise in Peru scheint nun doch endlich die Talsohle erreicht zu haben. Im Vergleich zum Februar dieses Jahres ist auch wieder mehr Aktivität und eine leichte Spur von Optimismus zu bemerken. Die Bevölkerung erduldet die überall spürbaren Effekte der Krise mit erstaunlicher Geduld und Ueberlebensfähigkeit.

Mit der 1991 erfolgreich begonnenen **Wiedereingliederung** des Landes in das **internationale Finanzsystem** haben sich die Probleme der peruanischen Wirtschaft und Gesellschaft keineswegs schon gelöst. Im Gegenteil, die Degenerierung der produktiven und sozialen Infrastruktur und die weit verbreitete Armut haben weiter zugenommen; seit 1988 hat sich das pro Kopf Einkommen um rund 30% verringert. Je nach Informationsquelle leben weiterhin **7 - 12 Mio. Peruaner unter der Armutsgrenze**. Der Minimallohn beträgt gerade noch \$ 38.- pro Monat, während der minimale Warenkorb für eine 6-köpfige Familie rund \$ 250.- kostet. Die Rezession ging 1991 weiter, wenn auch in abgeschwächtem Masse (BIP April 90-April 91: -3%). Die staatlichen Sozialausgaben sind seit 1985 von \$ 41 auf \$ 12 per capita (1990) gesunken. Kein Wunder, dass Peru gemäss dem Human Development Index des UNDP den zweitletzten Rang (vor Bolivien) unter den südamerikanischen Ländern einnimmt. Von grösseren Neuinvestitionen ist noch nichts zu bemerken. Die ersten Rückflüsse früherer Fluchtgelder werden offenbar vor allem für den privaten Konsum und die Spekulation eingesetzt. So ist zB. die grosse Zahl neu importierter Autos für den längerfristigen Beobachter besonders augenfällig. Die Banken hatten in den Zeiten der Hyperinflation ihre Liquidität verloren und waren 1991 kaum mehr in der Lage, Kredite zu vergeben. Die Aktivzinsen, die früher meist unter der Inflationsrate lagen, wurden massiv auf 18% pro Monat (Juli '91) angehoben. Sie fielen im Oktober auf ca. 10%. Fehlende Liquidität und hohe Zinse liessen das Kreditvolumen drastisch sinken. Die Agrarbank war davon besonders stark betroffen. Das markanteste Resultat der bisherigen Reformmassnahmen betrifft die **Senkung der Inflation von rund 9,000% (1990) auf ca. 140% (1991)**. Für 1992 wird eine Jahresrate unter 45% angestrebt.

Die **Aussenschuld** erreichte 1991 annähernd US\$ 22 Mia., was ca. US\$ 1000.- per capita entspricht. Im Budget 1992 sind rund 14% für den Schuldendienst reserviert. Die Finanzierung des Staatshaushaltes bleibt weiterhin eines der Hauptprobleme. Trotz erster Steuerreformen liegen die Einnahmen mit rund 8% des BIP weit unter den erwarteten 12%. Für 1992 werden nur noch 9.3% angestrebt. Ebenfalls nicht erreicht wurden bisher die Ziele bezüglich Privatisierung, Umstrukturierung des Bank- und Versicherungswesens, Neuinvestitionen und Ankurbelung der Exporte. Für Letztere bleiben die Ineffizienz der bisher subventionierten Betriebe und der relativ tiefe US\$ - Kurs wichtige Hindernisse. Dieser wiederum wird durch den grossen Zufluss von **Coca-Dollars** (fast 1/4 der Exporteinnahmen) weiterhin tief gehalten. Die peruanische Wirtschaft ist "coca-abhängig" geworden. Dies verbilligt die Kosten des Schuldendienstes und führt zu einer Flut von importierten Produkten, die der einheimischen Industrie starke Konkurrenz machen. Die von der Regierung erwartete Effizienzsteigerung erfolgt nur sehr langsam, wird behindert vom schlechten Zustand der Infrastruktur und von hohen Tarifen. Sie bedingt grosse Neuinvestitionen, für die den Unternehmern das Vertrauen in einen baldigen Wiederaufschwung bisher fehlt.

Auch die grossen **Probleme in den Sektoren Erziehung und Gesundheit** bleiben weiterhin ungelöst. Allein die Choleraepidemie hat in den Monaten Februar bis Juni 1991 über 220'000 Peruaner erkranken lassen, 2'200 Tote gefordert und wirtschaftliche Verluste von über 800 Mio. \$ verursacht. Das ist jedoch nur die "Spitze des Eisbergs". Die Hauptprobleme bleiben bestehen: fehlende Infrastruktur, schlechter Unterhalt, Unterernährung bzw. Fehlernährung, unzureichende Hygiene und Gesundheitsversorgung.

Schliesslich bleiben auch andere wichtige politische Probleme: **Terrorismus**, Zentralismus, Marginalisierung der Mehrheit der Bevölkerung ungelöst. Die Konfrontation zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen (Sendero Luminoso und MRTA) hat sich weiter verschärft. Allein bis Oktober wurden 2090 Attentate mit 3215 Opfern verzeichnet. Die Regierung setzt weiterhin auf eine militärische Lösung, was von breiten Kreisen (Kirche, Parteien) und vielen Sachverständigen eher als kontraproduktiv betrachtet wird.

Im Zusammenhang mit dem Terrorismus und der Subversionsbekämpfung ergibt sich ein **extrem düsteres Bild bezüglich der Menschenrechtsverletzungen**. Trotz des zunehmenden internationalen Drucks vor allem durch die USA, ist bisher kein klarer politischer Wille

seitens der Regierung für eine Haltungsänderung in dieser Frage zu erkennen. Die politische Gewalt und die Zahl der Menschenrechtsverletzungen hat in den letzten Jahren in erschreckendem Masse zugenommen. Allein im Jahre 1990 schätzte die spezialisierte Untersuchungskommission des Senats die Zahl der Opfer der politische Gewalt auf 3'452. Rund die Hälfte der Ermordeten sind Opfer der erwähnten Terroristengruppen. Die andere Hälfte geht auf das Konto der Armee, Polizei und immer häufiger der "Todesschwadronen".

Ausgehend von Ayacucho haben die Terroristen de facto die Kontrolle über weite Teile des Landes (vor allem der Sierra) erobert. Die Regierung hat über rund 40 % des Territoriums den Ausnahmezustand verhängt und den Ordnungskräften weitgehende Kompetenzen abgetreten. Kollektive Vergeltungsmassnahmen und massive Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Die praktische Straffreiheit der Armeeangehörigen bestärkt die "Sicherheitskräfte" in ihrem widerrechtlichen Handeln. So lebt Peru seit Jahren in einem grausamen Bürgerkrieg, der von 1980 bis 1991 über 22'000 Todesopfer gefordert hat. Die meisten Toten waren einfache Bauern, die zwischen die Fronten des Sendero Luminoso und der Armee geraten waren. Von den auf über 5'000 geschätzten Verschwundenen der Dekade 1980-90 wurden nur etwa 1000 Fälle geklärt. Gemäss konservativen Schätzungen von Amnesty International haben in dieser Zeit rund 200'000 Personen keinen andern Ausweg mehr gefunden, als ihre Gemeinden zu verlassen und in die grösseren Städte zu flüchten. (Die Berichte von Amnesty International "Perú - Derechos Humanos en un Clima de Terror", Nov. 1991, und von Americas Watch "Into the Quagmire - Human Rights and U.S. Policy in Peru", Sept. 1991, befinden sich im Dossier).

Menschenrechtsorganisationen, die Kirche und verschiedene Institutionen der zivilen Gesellschaft haben in jüngster Zeit vermehrt auf diese Missstände aufmerksam gemacht und auch auf internationaler Ebene Druck auf die Regierung ausgeübt. Bisher haben sich jedoch keine konkrete Verbesserungen gezeigt. Neben den USA haben auch europäische Länder, zB. die Niederlande begonnen, ihre Hilfe an Peru von einer strikten Beachtung der Menschenrechte abhängig zu machen. Diese Forderung ist jedoch in den entsprechenden Dokumenten und Abkommen nicht klar formuliert und als Bedingung eher schwierig durchzusetzen.

Die DEH sollte anfangs 1992 in Rücksprache mit den zuständigen Stellen entscheiden, ob und allenfalls wie sie ihre Besorgnis bezüglich der Menschenrechtsverletzungen in Peru zum Ausdruck bringen will. Dieses Thema ist auch anlässlich der für 1992 vorgesehenen Gespräche mit den schweizerischen Hilfswerken aufzunehmen.

1. Umsetzung der Sicherheitsentscheide der DEH vom 19.9.91

Die für alle Beteiligten und Betroffenen schwierigen Entscheide vom 19.9.91 haben im Koordinationsbüro und in den betreffenden Projekten zu grosser Mehrarbeit geführt. Projekte, deren Planung sorgfältig und mit breiter Beteiligung der ausführenden Institutionen abgeschlossen worden war, mussten plötzlich wieder neu beginnen. Konzepte, Strategien und Verträge über die man sich bereits geeinigt hatte, waren plötzlich nicht mehr gültig und mussten wieder neu, entsprechend der Richtlinien vom 19.9.91 und den nachfolgenden Besprechungen, erarbeitet werden. Eine solche Krisensituation bringt für alle zusätzliche Belastungen und Spannungen. Die in normalen Zeiten angemessenen Kommunikationskanäle werden überbelastet. Missverständnisse und Meinungsverschiedenheiten werden häufiger und grösser. Das früher Selbstverständliche wird nun plötzlich in Frage gestellt.

Dass angesichts dieser schwierigen Situation das Koordinationsbüro und die grosse Mehrheit der Projektmitarbeiter nicht nur einen "kühlen Kopf" bewahrt haben, sondern die Notlage dazu verwendet haben, neue unabhängigeren Konzepte zu erarbeiten, verdient unserer ganz besonderen Anerkennung.

Die Analyse der verschiedenen Projekte hat im Allgemeinen gezeigt, dass:

- durch die Projekte in den letzten Jahren ein Kapital geschaffen worden ist, das von den beteiligten Institutionen und der begünstigten Bevölkerung als wertvoll, nützlich und erhaltenswert betrachtet wird und deshalb - wenn auch nicht mehr in der Form traditioneller Projekte - vergrössert und verbreitet werden soll. Dieses Kapital besteht vor allem aus:
 - * gut ausgebildetem Personal
 - * erprobten, den Verhältnissen angepassten technischen Methoden
 - * didaktischem Material und bewährten Ausbildungskonzepten
 - * institutionellen Kapazitäten
 - * Erfahrung in der interinstitutionellen Koordination von Aktivitäten
- die lokalen Partnerinstitutionen bereit sind, die von ihnen selbst priorisierten Projektaktivitäten im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbständig weiterzuführen;
- wenn man zu Abstrichen bereit ist, es möglich ist, die Projekte so zu redimensionieren, dass sie von den lokalen Institutionen weitgehend absorbiert werden können; dies setzt allerdings voraus, dass die Konzepte und das Finanzvolumen der Projekte in einem gesunden Verhältnis zu den Möglichkeiten dieser Institutionen stehen;
- in den meisten Fällen der schweizerische Beitrag ab Ende 1992 rein subsidiär eingesetzt werden sollte, zur Verstärkung und Ergänzung der in den Institutionen bestehenden Kapazitäten;
- die verschiedenen Partnerinstitutionen gewillt sind, vermehrte Zusammenarbeit mit andern Institutionen und die Mitfinanzierung seitens anderer Agenturen zu suchen. Sie wollen damit einseitige Abhängigkeiten vermeiden und ihren Eigenfinanzierungsgrad erhöhen. Die IC und die DEH können sie bei diesen Anstrengungen noch mehr unterstützen;
- die DEH/IC die Projekte mindestens noch in der Uebergabephase bis Ende 1992 recht eng begleiten sollten. Dabei sollten die Zeit und die Mittel so genutzt werden, dass
 - * die begonnenen Aktivitäten wo immer möglich abgeschlossen werden,
 - * im allgemeinen keine neuen Aktivitäten mehr begonnen werden,
 - * das direkt von den Projekten angestellte Personal langsam reduziert wird,
 - * die bisherigen Erfahrungen systematisiert und allgemein zugänglich gemacht werden,
 - * die den Projekten zugrundeliegenden Konzepte und Strategien so angepasst werden, dass sie nachher auch von den lokalen Institutionen umgesetzt werden können,
 - * die Uebergabe bis Ende 1992 abgeschlossen ist;
- ab 1993 die Unterstützung der Projekte seitens der DEH/IC auf eine finanzielle Zusammenarbeit und eine auf spezifische Bereiche limitierte technische Betreuung/Beratung beschränkt werden kann;
- der Umfang und die Art und Weise dieser subsidiären Unterstützung je nach den Partnerinstitutionen und der Qualität der geleisteten Arbeit verschieden sein sollte.

Die betroffenen Projekte haben aufgrund der Diskussionen mit unserem Koordinationsbüro, mit den Vertretern von IC und mit dem Unterzeichneten verschiedene Alternativen und Zukunftsperspektiven analysiert und sind nun daran, detaillierte Vorschläge für die be-

schleunigte Uebergabe zu erarbeiten. Diese werden in den nächsten Wochen der IC und der DEH vorgelegt, so dass anfangs Februar 1992 die nötigen operationellen Entscheide getroffen werden können. Auf die bereits vorliegenden ersten Entwürfe kann hier nicht weiter eingegangen werden. Sie sind in den einzelnen Projektdossiers zu finden.

2. FONCODES und andere Programme zur Armutsbekämpfung

Das Konzept eines allgemeinen, unabhängigen Fonds zur Finanzierung von produktiven und sozialen Projekten staatlicher und privater Institutionen zugunsten der ärmsten Bevölkerung ist unterstützungswürdig. Die Situation des FONCODES war abzuklären, weil ursprünglich vorgesehen war, zu prüfen, ob allfällige Gegenwertmittel aus der Zahlungbilanzhilfe des BAWI und/oder aus dem Schuldenerlass der DEH diesem Fonds zugeleitet werden könnten (s. Pkt.3.). Die Gespräche zeigten, dass der Fonds im Moment dazu noch nicht genügend funktionsfähig ist. Die Entwicklung des FONCODES sollte aber weiterhin im Auge behalten werden.

FONCODES hat erste Mittel (US\$ 18. Mio.) aus dem Staatsbudget 1991 zugeteilt erhalten und wird von PNUD, BID und der Weltbank beratend unterstützt. Japan hat via BID rund US\$ 1.7 Mio. für erste Pilotprojekte zur Verfügung gestellt und verschiedene andere bilaterale Geber haben ihr Interesse an der Mitfinanzierung dieses Fonds bekundet. FONCODES steht jetzt unter einem beträchtlichen Erfolgsdruck, sollen doch vor dem für März 1992 geplanten "Donors meeting" erste, konkrete Resultate vorliegen.

Ueber die Vermutung verschiedener Quellen, dass der FONCODES zur Finanzierung von "Pazifizierungsprojekten" in den unter Ausnahmezustand stehenden Gebieten eingesetzt werden soll, wird uns das Koordinationsbüro gelegentlich informieren. Ebenso über die entsprechenden politischen Entscheide der Regierung und die Bemühungen des PNUD, BID, etc., den FONCODES in eine unabhängige, effiziente Institution umzuwandeln.

Ende November 1991 bestätigte sich die Finanzierung durch FONCODES eines breit angelegten Programms von CARITAS-Peru zur Unterstützung von Kleinbauern in der Sierra durch landwirtschaftliche Inputs und Werkzeugpools. Da CARITAS dabei eng mit dem DEH - Projekt HERRANDINA zusammenarbeiten wird (dezentralisierte, lokale Fabrikation der Geräte und des Werkzeugs, Ausbildung von Promotoren, etc.) werden wir bestens über den Fortschritt der Arbeiten, die ersten Resultate dieses Programms und über die Erfahrungen von CARITAS mit dem FONCODES informiert sein.

Am 26.11.91 informierten wir uns bei Fernando Villarán über den Stand der Planung des von der Kirche, der OIT und dem Konsortium von ONGs zur Klein- und Mikroindustrieförderung (COPEME) angeregten **"Programa Nacional de Generación de Empleo con Prioridad en la Juventud"**. Dieses Programm soll nächstens von der Kirche offiziell vorgestellt werden. Es hat folgende Komponenten:

- Schaffung von temporären Beschäftigungsmöglichkeiten durch arbeitsintensive Infrastrukurrehabilitierung,
- Gewerbe- und Kleinindustrieförderung,
- on-the-job-training für Jugendliche,
- kleine, unabhängige Einheit zur technischen Unterstützung, Beratung, Administration und Evaluation der von Drittinstitutionen und Basisorganisationen auszuführenden Projekte.

Es bleibt zu hoffen, dass eine Koordination dieses Programms mit dem FONCODES möglich ist und die beiden statt um beschränkte Mittel zu kämpfen, sich gegenseitig ergänzen und zu verbesserter Effizienz zwingen. Die Entwicklung dieses Programms soll ebenfalls weiter verfolgt werden.

Schliesslich sind sowohl das BID wie auch die Weltbank daran, Studien über die Situation der ärmsten Bevölkerung Perus auszuarbeiten, um anschliessend **Strategien und Programme zur Armutsbekämpfung** vorzuschlagen. Sobald die entsprechenden Dokumente verfügbar sind (März 92), werden wir prüfen, ob und in welcher Form allenfalls eine Beteiligung der DEH oder des BAWI infrage kommen könnte.

3.1. BAWI - Zahlungsbilanzhilfe

Ueber die verschiedenen Aktivitäten des BAWI (insbesondere die Unterzeichnung eines Investitionsschutzabkommens sowie eines Umschuldungs- und Zahlungsbilanzhilfeabkommens) hat Herr Botschafter N. Imboden bereits berichtet (Notiz vom 23.11.91). Hier soll nur kurz auf die die DEH betreffenden Aspekte der Verwendung der Gegenwertmittel aus der Zahlungsbilanzhilfe eingegangen werden.

Nachdem feststand, dass die erwähnten Gegenwertmittel nicht zur Finanzierung des FON-CODES eingesetzt werden konnten, weil dieser noch nicht genügend funktionstüchtig war, bat Herr Botschafter Imboden den Wirtschafts- und Finanzminister, Carlos Boloña Behr, um Vorschläge bezüglich alternativen Verwendungsmöglichkeiten. Der Minister gab auch zu bedenken, dass die Mittel sofort verwendet werden sollten, da mit der Bekämpfung der Armut nicht lange gewartet werden sollte. Während der Detailverhandlungen wurden dann 3 mögliche Verwendungszwecke genannt, wobei die Mitfinanzierung eines "Programa de Alimentación escolar" eindeutig am sinnvollsten erschien. Dieses Programm wurde von der früheren Erziehungsministerin Gloria Helfer ins Leben berufen und mit gutem Erfolg durchgeführt. Es musste jedoch wegen fehlender Finanzmittel eingestellt werden. Die Regierung beabsichtigt nun, für die kommende ausserordentliche Schulsaison (Januar bis März 92, zur Kompensation der 1991 durch Streiks verlorenen Schultage) das Programm wieder durchzuführen. Dabei soll an 2.8 Mio. Schulkinder im Alter von 3 - 12 Jahren in den Armenvierteln täglich ein Brötchen und ein Glas Milch abgegeben werden (Gesamtkosten: US\$ 33 Mio.). Das Erziehungsministerium arbeitet dabei mit den lokalen Elternvereinigungen zusammen. Ziel ist die Verbesserung der Ernährung der Schulkinder und ein regelmässigerer Schulbesuch.

Da das Wirtschaftsministerium im Moment der Verhandlungen nur über sehr allgemeine Information zu diesem Programm verfügte, wurde im Vertrag festgehalten, dass in gegenseitigem Einverständnis, bei nicht befriedigendem Ergebnis, auch ein anderer, ähnlicher Verwendungszweck der Gegenwertmittel vereinbart werden könnte. Unsere Botschaft in Lima hat sofort nach der Unterzeichnung des Abkommens das Ministerium schriftlich um weitere Angaben bezüglich des "Programa de alimentación escolar" gebeten. Unser Koordinationsbüro wird anschliessend mit dem Erziehungsministerium Kontakt aufnehmen, um sich über die Durchführung des Programms zu informieren. Wir werden dann prüfen, ob eventuell der Einsatz von spezialisierten Konsulenten angebracht ist.

3.2. Schuldenerlass von zwei DEH-Finanzhilfedarlehen

Am 13.11.91 hat der Bundesrat beschlossen, zwei 1976 und 1983 an Peru vergebene Finanzhilfedarlehen (zur Förderung der Milchwirtschaft und für ein Kleinfischereiprogramm) in nichtrückzahlbare Beiträge der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit umzuwandeln. Dabei wurde die DEH beauftragt, die Möglichkeit zu klären, dass die Regierung Perus Gegenwertmittel in lokaler Währung zur Verfügung stellt: z.B. für ein Sozialhilfeprogramm zu Gunsten der ärmsten Bevölkerungsschichten, die am meisten von den einschneidenden Strukturanpassungsmassnahmen der Regierung betroffen sind.

Unsere Bereitschaft, diese Schulden mitsamt den ausstehenden Zinsen zu erlassen, wurde den peruanischen Behörden von Herrn Botschafter Imboden am 21.11.91 mündlich mitgeteilt. Sie wurde von unserer Botschaft in Lima inzwischen schriftlich bestätigt, wobei jedoch darauf hingewiesen wurde, dass der Erlass erst in Kraft tritt, wenn das entsprechende Abkommen unterzeichnet wird. Dort werden dann je nach Verlauf der Verhandlungen die entsprechenden gegenseitigen Verpflichtungen festgehalten. Ob die Peruaner sich in diesem Fall bereit erklären, Gegenwertmittel für ein Sozialprogramm zur Verfügung zu stellen, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Auf jeden Fall haben unsere Botschaft und das Koordinationsbüro alles unternommen, um diese Möglichkeit sorgfältig zu prüfen.

Im Gegensatz zur Zahlungsbilanzhilfe des BAWI entstehen aufgrund dieses Schuldenerlasses nicht direkt Geldmittel, die als Gegenwertmittel eingesetzt werden können, es sei denn Peru hätte Gelder für Zins- und Amortisationszahlungen reserviert. Dies war jedoch in den letzten Jahren nicht der Fall und dürfte nach der Ankündigung des Schuldenerlasses auch nicht zutreffen. Solche Mittel müssen also entweder bereits im Staatsbudget (für Schuldenumkehr) vorgesehen oder durch Kürzungen in andern Bereichen erst freigestellt werden. Letzteres kommt kaum in Frage. Die Forderung nach Gegenwertmitteln stellt zusätzliche Ansprüche an die Verwaltungskapazitäten der peruanischen Regierung. Es müssen deshalb möglichst einfache Mechanismen dafür vorgesehen werden.

Die Gegenwertmittel sollten so eingesetzt werden, dass sie die nationalen Anstrengungen im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung oder des Umweltschutzes unterstützen. Von einer je nach Geberstaat spezifischen Festlegung des Verwendungszwecks ist deshalb wenn möglich abzusehen. (z.B. Kanada, die USA und Spanien haben gegenwärtig solche spezifischen Gegenwertmittelfonds eingerichtet. Diese werden allerdings aus der Monetarisierung der Nahrungsmittelhilfe oder anderer geschenkter Produkte gespeist.)

Am besten geeignet für die Verwendung von lokalen Gegenwertmitteln sind deshalb Programme, die von der nationalen Regierung selbst priorisiert und auch von andern Gebern mit externen oder mit Gegenwertmitteln unterstützt werden. Eine fachliche Unterstützung durch multilaterale Organisationen ist dabei ein zusätzlicher Vorteil. Aus all diesen Gründen bietet sich der FONCODES als "idealer" Verwendungszweck für die Gegenwertmittel aus Entschuldungsaktionen an. Wie unter (2) erwähnt, ist der Fonds jedoch noch nicht genügend funktionsfähig. Die nötigen Erfahrungen und Grundlagen für einen diesbezüglichen Entscheid dürften kaum vor März 1992 (Donors' Meeting) verfügbar sein. Wir müssen deshalb auch Alternativen prüfen, z.B. das bereits erwähnte Programm zur Arbeitsbeschaffung für Jugendliche, ev. SENATI, oder Programme in den Bereichen Umwelt/Forst, Trinkwasser/Abwasser (in Vorbereitung durch BID).

Verschiedene Gespräche anlässlich der Mission von Herrn Botschafter Imboden und im Anschluss daran haben ergeben dass:

- das Wirtschafts- und Finanzministerium (MEF) nicht grundsätzlich gegen die Idee von Gegenwertmitteln ist;
- MEF/UNICEF Herrn O. Ugarteche beauftragt haben, einen Vorschlag bezüglich Mechanismen und Kriterien für die Konversion von Schulden mit Gegenwertmitteln für den Sozialsektor auszuarbeiten. Bei diesem Auftrag geht es zwar vor allem um die kommerziellen Schulden, doch sei das MEF interessiert, auch einen Vorschlag für die Entschuldung von Regierungsdarlehen auszuarbeiten.
- das MEF beabsichtigt, im Staatsbudget 1991 einen Betrag von rund 20 Mio. US\$ als Gegenwertmittel für Entschuldungsaktionen vorzusehen. Der definitive Entscheid darüber allerdings noch nicht gefallen ist.
- das MEF bereit ist, den schweizerischen Vertretern einen Vorschlag bezüglich Prozentsatz der Gegenwertmittel im Verhältnis zur erlassenen Schuld zu unterbrei-

- 8 -

ten, sobald sichergestellt sei, dass die entsprechenden Mittel tatsächlich im Budget 1992 vorgesehen seien (Notiz von Herrn Peter Bischof vom 5.12.91). Unsererseits betrachten wir Gegenwertmittel in der Höhe von 10 - 20 % als angemessen.

Sobald wir diesen Vorschlag erhalten, werden wir in enger Zusammenarbeit mit unserer Botschaft, dem Koordinationsbüro und dem BAWI das weitere Vorgehen festlegen können.

Inzwischen werden wir uns weiterhin auch über die Pläne anderer bilateraler Geber informieren. Bisher war zu erfahren, dass sowohl die Niederlande, wie auch die BRD Schuldenerlasse planen, ohne dass dabei Gegenwertleistungen gefordert werden. Die Details sind jedoch noch nicht klar. Im Falle der Niederlande scheint es sich nur um den Erlass der Hälfte der Zahlungsrückstände zu handeln, was einer Kombination von Schuldenerlass und Umschuldung gleichzukommen scheint.

4. DEH-Jahresprogramm 1992

Ein erster Entwurf dieses Programms wurde zusammen mit dem Koordinationsbüro noch während der Mission des Unterzeichneten erarbeitet und anschliessend ergänzt. Dieses Dokument wurde am 11./12.12.91 während eines Treffens des Sektionschefs mit den Koordinatoren in Lateinamerika diskutiert und ergänzt. Es sollen nun die Kommentare unserer Botschaft, der HUNAHU und des BAWI miteinbezogen werden. Anfangs Februar 92 wird dann die definitive Version dem Direktor der DEH vorgelegt werden.

5. Besprechung einzelner Projekte

Dies erfolgte vor allem im Hinblick auf die Sicherheitssituation und Zukunftsperspektiven in den einzelnen Projekten. Auf die Details soll hier nicht eingegangen werden. Die entsprechenden Dokumente sind in den Projektdossiers.



Peter Meier

- cc: - WM, CP, VO/SO/RM/TRR, CL/HRO, SHG/CUE
 - BAWI (Botschafter N. Imboden)
 - BAWI (Th. Eggenberger/ H.-P. Egler/ R. Denzer)
 - Schweiz. Botschaft Lima
 - Koordinationsbüro Lima
 - Koordinationsbüro Tegucigalpa (zh. M. Waldvogel)
 - Intercooperation
 - Arbeitsgruppe "Entschuldung" der Hilfswerke